

Nr. 20/869

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Aktueller Stand der Transformation der Bremer Stahlindustrie sowie der Bremer IPCEI-Großprojekte zur Entwicklung einer Wasserstoffwirtschaft
Große Anfrage der Fraktion der CDU
15. Juni 2022
(Drucksache [20/1502](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 19. Juli 2022
(Drucksache [20/1540](#))
2. Quellen-Telekommunikationsüberwachung und Online-Durchsuchung –
Mogelpackung auf Kosten der IT-Sicherheit?
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 13. Juli 2022
(Drucksache [20/1536](#))
3. Kinderrechte im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE
LINKE
vom 18. Juli 2022
(Drucksache [20/1537](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 6. September 2022
(Drucksache [20/1572](#))
4. Immobilienmanagement neu ordnen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 4. August 2022
(Drucksache [20/1542](#))
5. Entwicklungspolitische Leitlinien der Freien Hansestadt Bremen – Fort-
schreibung 2022
Mitteilung des Senats vom 23. August 2022
(Drucksache [20/1551](#))
6. Änderung der Bedrohungslage in der Cybersicherheit: Bremische IT in
Großkrisenlagen
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 19. August 2022
(Drucksache [20/1550](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 27. September 2022
(Drucksache [20/1611](#))

Nr. 20/870

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 6. Dezember 2022

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. 23. Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau
Mitteilung des Senats vom 15. November 2022
(Drucksache [20/1669](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Bericht zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau.
2. Gesetz zur Umsetzung des Gesetzes zur Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts vom 4. Mai 2021
Mitteilung des Senats vom 18. Oktober 2022
(Drucksache [20/1642](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.
3. Bremisches Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten
Mitteilung des Senats vom 8. November 2022
(Drucksache [20/1655](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.
4. Gesetz zur Änderung gesundheitsrechtlicher Vorschriften
Mitteilung des Senats vom 22. November 2022
(Drucksache [20/1676](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.
5. Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und des Bremischen Justizkostengesetzes
Mitteilung des Senats vom 22. November 2022
(Drucksache [20/1678](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.
6. Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 34 vom 2. Dezember 2022
(Drucksache [20/1696](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.
7. Erstes Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes zur Ausführung des Bundesmeldegesetzes
Mitteilung des Senats vom 6. Dezember 2022
(Drucksache [20/1706](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.
8. Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes
Mitteilung des Senats vom 6. Dezember 2022
(Drucksache [20/1707](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 20/871

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. auf Antrag der Abgeordneten Rainer Bensch, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU:

„Medizinische Versorgung akut bedroht? Wie steht es um die Gesundheitsversorgung von Babys, Kleinkindern, Kindern und Jugendlichen im Land Bremen?“;

2. auf Antrag der Abgeordneten Valentina Tuchel, Antje Grotheer, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD, Sahhanim Görgü-Philipp, Sülmez Dogan, Mustafa Öztürk, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE:

„Bremen und Bremerhaven sind weltoffene und multikulturelle Städte. Wir wollen ein modernes Zuwanderungs-, Aufenthalts- und Einbürgerungsrecht und erteilen Ausgrenzung, Spaltung und Polemik eine Absage.“.

Nr. 20/872

Schulen in freier Trägerschaft endlich auskömmlich finanzieren!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 7. November 2022
(Drucksache [20/1652](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/873

Die finanzielle Bezuschussung der Schulen in freier Trägerschaft durch das Land Bremen bedarf unverzüglich einer Reform!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 6. Dezember 2022
(Drucksache [20/1700](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/874

Staatliche Hausbesuche bei Seniorinnen und Senioren im Land Bremen – Schutz der Zielgruppe vor Entmündigung und Kriminalität, Zustimmungslösung statt Widerspruchslösung!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. November 2022
(Drucksache [20/1654](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/875

Bewertung und kritische Aufarbeitung der Maßnahmen in geschlossenen Jugendhilfeeinrichtungen

Große Anfrage der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 18. Februar 2022
(Drucksache [20/1355](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 26. April 2022
(Drucksache [20/1436](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 20/876

Erfahrenes Leid anerkennen – Solidarität mit den geschädigten früheren Heimkindern

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 11. Oktober 2022
(Drucksache [20/1622](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) sieht und erkennt erlittenes Leid, das die Kinder und Jugendlichen in den Jugendeinrichtungen der Haasenburg und des Friesenhofs erfahren haben, und bedauert dies zutiefst.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

2. die individuellen und strukturellen Umstände und Folgen der Unterbringung in den geschlossenen oder intensivpädagogischen Jugendheimen Haasenburg und Friesenhof durch eine extern zu beauftragende Studie weiter aufzuarbeiten.
3. sich in der Jugend- und Familienminister:innenkonferenz bei den beteiligten Bundesländern und auf Bundesebene für die Schließung der Schutzlücke für die ehemaligen Heimkinder, die nach dem durch die Stiftung „Anerkennung“ abgedeckten Zeitraum und vor Inkrafttreten der Opferentschädigungsgesetz-Novelle untergebracht waren, einzusetzen. Denkbar hierfür wäre zum Beispiel eine Fondslösung oder eine Berücksichtigung im Vierzehnten Buch Sozialgesetzbuch.
4. dafür Sorge zu tragen, dass den Betroffenen, sofern möglich, direkt oder über die Öffentlichkeit durch die zuständigen Behörden Gesprächsangebote unterbreitet werden.

Nr. 20/877

Psychische und körperliche Gewalt gegenüber Kindern und Jugendlichen in früherer Heimunterbringung – Forderung nach Aufarbeitung und Lehren, Entschuldigung und Entschädigung durch das Land Bremen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 11. Oktober 2022
(Drucksache [20/1626](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/878

Bremen steht in fester Verbundenheit an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer und bewertet den Holodomor von 1932/33 politisch als Völkermord

Antrag der Fraktion der FDP
vom 5. Dezember 2022
(Neufassung der Drucksache [20/1661](#) vom 9. November 2022)
(Drucksache [20/1697](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Ziffern 2 und 3 des Antrags ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) bekräftigt ihre mehrfach geäußerte Solidarität mit der Ukraine.

Nr. 20/879

Digitale Gewalt in Bremen besser bekämpfen!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 29. April 2021
(Drucksache [20/938](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf:

1. Die Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen auch im digitalen Bereich, wo dies noch nicht geschehen ist, schnell, umfassend und wirksam umzusetzen, und dabei für die Erfüllung dieses Zwecks auskömmliche Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen.
2. Eine Öffentlichkeitskampagne zur Aufklärung über digitale Gewalt, ihre Folgen und Maßnahmen zum Schutz der eigenen IT-Sicherheit zu beauftragen und in Kooperation mit den Betroffenen und Fachverbänden für eine bessere Ausbildung von Medienkompetenz bei Kindern und Jugendlichen mit Blick auf den Schutz vor digitaler Gewalt, insbesondere an Schulen, zu sorgen.
3. Das Phänomen der digitalen Gewalt in den periodischen Sicherheitsbericht nach dem Bremischen Kriminalitätsstatistikgesetz aufzunehmen, um eine kriminalpolitische Grundlage zu schaffen für konkrete Maßnahmen zur Eindämmung entsprechender Straftaten.
4. Für die Bremer Staatsanwaltschaft und die Bremer Polizei Fortbildungen anzubieten, um den notwendigen technischen Sachverstand zur Verfolgung von Straftaten im digitalen Raum zu gewährleisten.
5. Die Einrichtung von Anlaufstellen für die Beratung und Begleitung von Betroffenen digitaler Gewalt auszuweiten, sodass die Anlaufstellen personell und fachlich in der Lage sind, Betroffene digitaler Gewalt über rechtliche Maßnahmen und Maßnahmen zum persönlichen Schutz zu informieren und darauf hinzuwirken, dass das von den Justizministerinnen und Justizministern hinsichtlich der Hasskriminalität als wichtig erachtete Onlineportal auch auf Taten der digitalen Gewalt ausgeweitet wird.
6. Dem Ausschuss für die Gleichstellung der Frau, der staatlichen Deputation für Inneres und dem Rechtsausschuss binnen sechs Monaten nach Beschlussfassung über den Umsetzungsstand zu berichten.

Nr. 20/880

Digitale Gewalt in Bremen besser bekämpfen!

Bericht und Änderungsantrag des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau vom 7. Dezember 2022
(Neufassung der Drucksache [20/1478](#) vom 24. Mai 2022)
(Drucksache [20/1712](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau Kenntnis.

Nr. 20/881

Waffenkontrollen und Waffenbesitz im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE

vom 5. Juli 2022

(Drucksache [20/1528](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 11. Oktober 2022

(Drucksache [20/1630](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 20/882

Fragestunde

1. Beschäftigungssituation von Menschen mit Behinderung verbessern
Anfrage der Abgeordneten Birgitt Pfeiffer, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 10. November 2022
2. Umsetzung des Hochwasserschutzes und der Regenwasserentwässerung in Speckenbüttel und Weddewarden-Ost
Anfrage der Abgeordneten Holger Welt, Martin Günthner, Arno Gottschalk, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 10. November 2022
3. Sachstand Implementierung Sperrsystem OASIS
Anfrage der Abgeordneten Ute Reimers-Bruns, Kevin Lenkeit, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 10. November 2022
4. Die „Letzte Generation“ auch eine Gefahr im Land Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 10. November 2022
5. Wie wird die Versorgung von Post-Covid-Patienten und von an ME/CFS Erkrankten (ME/CFS: Myalgische Enzephalomyelitis/Chronische Fatigue Syndrom) in Bremen und Bremerhaven sichergestellt?
Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 10. November 2022
6. Kontrollquittungen – wirkungsvolles Instrument gegen „Racial Profiling“ oder doch nur deutliches Misstrauenszeichen gegen die Bremer Polizei?
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 10. November 2022
7. Hitzeschutz für Beschäftigte in den Werkstätten für behinderte Menschen
Anfrage der Abgeordneten Olaf Zimmer, Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 11. November 2022
8. Ist die Zuverlässigkeitsüberprüfung bei der Bremer Polizei nach der aktuellen Bundesverfassungsgerichtsentscheidung noch haltbar?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Oguzhan Yazici, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 15. November 2022

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

9. Entwicklung der Anzahl der Kurzzeitpflegeplätze im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 15. November 2022

10. Prepaid-Zähler in Bremen
Anfrage des Abgeordneten Heiner Löhmann und der Gruppe L.F.M. vom 15. November 2022
11. Lage der Tafeln im Land Bremen
Anfrage des Abgeordneten Heiner Löhmann und der Gruppe L.F.M. vom 15. November 2022
12. Lehrkräftemangel reduzieren: Wie hoch ist die Abbruchquote im Referendariat im Land Bremen und was sind die Ursachen hierfür?
Anfrage der Abgeordneten Christopher Hupe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17. November 2022
13. Landseitige Abfertigungssituation am Kreuzfahrtterminal Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Martin Günthner, Jörg Zager, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 22. November 2022
14. Polizeiausbildung in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Christine Schnittker, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 22. November 2022
15. Autoinsasse sticht mit Messer zu
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 29. November 2022
16. Mann in Wohnung ausgeraubt
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 29. November 2022
17. Frau in Gröpelingen mit Messer bedroht
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 29. November 2022
18. Auseinandersetzung mit Messer
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 29. November 2022
19. Duo raubt Tankstelle aus
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 29. November 2022
20. Tankstellenraub
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 29. November 2022
21. Tankstelle ausgeraubt
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 29. November 2022
22. Räuber überfällt Tankstelle
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 29. November 2022
23. Messerangriff auf Haltestelle
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 29. November 2022
24. Fahrgäste an Straßenbahnhaltestelle mit Messer bedroht
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 29. November 2022

25. Attacke mit Pfefferspray und Messer

Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 29. November 2022

26. Energie - und Wassersperren

Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 30. November 2022

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 20/883

Brutale Gewalt in Iran muss enden

Entschließungsantrag der Fraktionen der Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, DIE LINKE, der CDU und der FDP vom 6. Dezember 2022
(Drucksache [20/1711](#))

In Anbetracht der schockierenden Menschenrechtsverletzungen in Iran

1. bekräftigt die Bürgerschaft (Landtag) ihre Solidarität mit den Menschen, die unter Einsatz ihres Lebens für Frauenrechte, Demokratie und Freiheit eintreten; insbesondere dem außerordentlichen Mut der iranischen Frauen gebührt unser größter Respekt;
2. verurteilt die Bürgerschaft (Landtag) das brutale Vorgehen der iranischen Sicherheitsbehörden, die mit Tränengas, Wasserwerfern und Gummigeschossen, in einigen Fällen auch mit scharfer Munition, gegen friedliche Demonstrant:innen vorgehen; diese Gewalt als Ausdruck des iranischen Unterdrückungssystems muss umgehend eingestellt werden;
3. verurteilt die Bürgerschaft (Landtag) die brutale Gewalt gegen politische Gefangene und fordert den sofortigen Stopp von Folter und Ermordungen von politischen Oppositionellen und Frauenrechtsaktivist:innen;
4. prangert die Bürgerschaft (Landtag) die Durchführung von unfairen, politisch motivierten Schauprozessen gegen Personen, die sich im Rahmen dieser Proteste engagiert haben, sowie die teilweise bereits verhängten Todesurteile als rechtswidrig an und bekräftigt vor diesem Hintergrund erneut die Verurteilung der Todesstrafe als grausame, unmenschliche und entwürdigende Bestrafung, die gegen das Recht auf Leben verstößt, und als einen unvermeidbaren Akt finaler Folter;
5. fordert die Bürgerschaft (Landtag) die sofortige Freilassung inhaftierter Kinder und Jugendlicher und unterstützt die beschlossenen Sanktionen gegen Angehörige des iranischen Gewaltregimes und Vertreter:innen von Geheimdiensten und Militär;
6. bekräftigt die Bürgerschaft (Landtag) die Forderung nach Aussetzung von Abschiebungen in den Iran und auch in Drittländer, die wiederum in den Iran abschieben.

Nr. 20/884

Pflegende Kinder und Jugendliche im Land Bremen besser unterstützen!

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 9. September 2022
(Drucksache [20/1578](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. einen öffentlichen Fachtag – gemeinsam organisiert von der Senatorin für Kinder und Bildung, der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport sowie der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz – zum Thema Young Carer einzuberufen und dazu relevanten Akteur:innen aus den Bereichen Schule/Studium, Pflege, Jugend und Familie sowie Betroffene und ehemalig Betroffene einzuladen. Ziel des Fachtags soll sein, mögliche Problemlagen der Young Carer sichtbar zu machen, sie zu eruieren und Möglichkeiten auszuloten, wie Young Carer besser unterstützt werden können. Aus dem Fachtag soll sich zudem nach Möglichkeit eine übergreifende Arbeitsgruppe interessierter Akteur:innen finden, die das Thema weiterbearbeitet;
2. zu prüfen, inwieweit mögliche Unterstützungs- und Hilfemaßnahmen strukturell und zielgruppenorientiert im Land Bremen etabliert und entsprechend finanziell ausgestattet werden können. Diese könnten folgende Unterstützungs- und Hilfemaßnahmen und mehr umfassen, dabei gilt es, bestehende Angebote auszuweiten und zu vernetzen:
 - a) Sensibilisierung der Akteure im Land Bremen, die Pflegeberatungen nach § 7a und § 37 Absatz 3 SGB XI durchführen, für das Thema Young Carer mit dem Ziel, ihre Beratungsangebote in angemessenem Umfang kind- und jugendgerecht zu gestalten, und um die besonderen Bedarfe und Herausforderungen der betroffenen Familien und jungen Pflegenden wie zum Beispiel die Organisation der Pflege während Schulfahrten, der Ferien oder Prüfungszeiträumen zu erweitern;
 - b) Angebote einer sozialpädagogischen Familienhilfe für Young Carer, insbesondere in sehr belastenden Phasen;
 - c) Niedrigschwellige Selbsthilfeangeboten zum Beispiel in Form von Kursen für Young Carer;
3. eine zielgruppengerechte Informations- und Sensibilisierungskampagne zu diesem Thema zu initiieren;
4. Lehrer:innen, Schulsozialarbeiter:innen und Gesundheitsfachkräfte an Schulen oder in den Quartieren durch Fortbildungen stärker für das Thema zu sensibilisieren und außerdem zu prüfen, inwieweit die Thematik an Schulen in Form von Unterrichtskonzepten, Projekttagen und Infomaterialien für Schüler:innen bearbeitet werden kann;
5. sich im Bundesrat dafür einzusetzen, Möglichkeiten zur Lockerung der Regelstudienzeit für Young Carer, analog zu den geltenden Regelungen der Kindererziehung nach § 15 Absatz 3 Nummer 5 Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG), umzusetzen;
6. sich auf der Bundesebene für die Erhöhung der Altersgrenze der gesetzlichen Bestimmungen für den Anspruch auf eine Haushaltshilfe nach § 38 SGB V auf 16 Jahre einzusetzen;
7. der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration, der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung sowie der staatlichen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz sechs Monate nach Beschlussfassung zu berichten.

Nr. 20/885

Krankenhausfinanzierung krisensicher gestalten

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 1. Dezember 2022
(Drucksache [20/1694](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundesebene für die Einführung und Umsetzung kurzfristiger Maßnahmen zum Ausgleich der den Krankenhäusern entstehenden Mehrkosten auf Grund gestiegener Sach- und Energiepreise sowie zur Entlastung von anhaltenden und bevorstehenden Einnahmeausfällen durch die Corona-Pandemie einzusetzen;
2. sich auf Bundesebene für die langfristige Umstrukturierung der Krankenhaus-Finanzierung einzusetzen mit dem Ziel, die wirtschaftliche Sicherung aller Krankenhäuser, die zur bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung benötigt werden, zu gewährleisten; im Rahmen dieses Systems sollten die tatsächlich entstandenen Kosten (inklusive Vorhaltekosten) für eine qualitativ hochwertige und wirtschaftlich erbrachte Patient:innenversorgung besser berücksichtigt werden; grundsätzlich ist darauf zu achten, dass das neue Finanzierungssystem sowohl die medizinische Qualität fordert und fördert, eine adäquate Bezahlung aller im Gesundheitssystem Tätigen ermöglicht sowie falsche Anreize im Angebot verhindert;
3. sich auf Bundesebene für die zeitnahe Einführung eines Klimaschutzinvestitionskostenfonds für Krankenhäuser einzusetzen, aus dem notwendige bauliche Anpassungen finanziert werden können, um die Energieeffizienz der Krankenhäuser langfristig zu steigern.

Nr. 20/886

Gesetz über den Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnik bei Gerichten und Staatsanwaltschaften in der Justiz der Freien Hansestadt Bremen (IT-Justizgesetz – ITJG)

Mitteilung des Senats vom 18. Oktober 2022
(Drucksache [20/1641](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 20/887

Loseblattsammlungsänderungsgesetz

Mitteilung des Senats vom 1. November 2022
(Drucksache [20/1645](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 20/888

Gesetz zur Neufassung des Bremischen Gesetzes über die Juristenausbildung und die erste juristische Prüfung (JAPG)

Mitteilung des Senats vom 22. November 2022
(Drucksache [20/1677](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an den Rechtsausschuss.

Nr. 20/889

Stärkung der offenen Kinder- und Jugendarbeit durch Verwendung nicht abgerufener Gelder der „FreiKarte“ im Land Bremen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 29. November 2022
(Drucksache [20/1684](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/890

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Erhebung einer Wasserentnahmegebühr (BremWEGG)

Mitteilung des Senats vom 29. November 2022
(Drucksache [20/1687](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 20/891

Sechstes Hochschulreformgesetzes

Mitteilung des Senats vom 6. Dezember 2022
(Drucksache [20/1705](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

Nr. 20/892

Nationale Hafenstrategie vorantreiben – Entwicklung der Seehäfen voranbringen und stärker koordinieren – Unterstützung des Bundes an neue Entwicklungen und Erfordernisse anpassen

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP
vom 6. Dezember 2022
(Neufassung der Drucksache [20/1590](#) vom 15. September 2022)
(Drucksache [20/1699](#))

1. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene weiter aktiv in den laufenden Prozess zur Erstellung einer neuen Nationalen Hafenstrategie einzubringen und sich in diesem Zusammenhang dafür einzusetzen, dass darin folgende Punkte Berücksichtigung finden und mit konkreten Maßnahmen, Zeitschienen, Zuständigkeiten, Prioritäten und Finanzierungen hinterlegt werden:
 - a) Erhalt und Ausbau der hafenbezogenen Infrastruktur (einschließlich Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur) unter Berücksichtigung des Ziels der Klimaneutralität,

- b) Erhalt der seewärtigen Zufahrten und Ausbau der Hinterlandanbindungen,
 - c) Organisation eines nachhaltigen Sedimentmanagements,
 - d) Ausbau der Seehäfen zu Drehscheiben für die Energiewende,
 - e) Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsprozessen,
 - f) Nutzung der Produktivitätspotenziale, die sich aus der koordinierten Digitalisierung und Automatisierung von Umschlagsprozessen sowie von Innovationen im Hafenbereich ergeben,
 - g) Fachkräftesicherung, insbesondere durch Ausbildung und Weiterbildung/Qualifizierung der Hafenbeschäftigung im Hinblick auf veränderte Arbeitsprozesse,
 - h) gemeinsames Marketing,
 - i) Entwicklung einer Strategie zur Reduzierung der finanziellen Lasten der öffentlichen Hand,
 - j) Entwicklung einer Strategie zur Reduzierung der ökologischen Schäden aus Fahrinnenvertiefungen,
 - k) Entwicklung einer Strategie zum Umgang mit wirtschaftlichen Beteiligungen an der Hafeninfrastruktur und zur physischen sowie digitalen Gefahrenabwehr, die die Risiken geopolitischer Einflussnahmen und Konflikte systematisch einbezieht,
 - l) Verständigung auf europäischer Ebene über die Möglichkeiten einer verstärkten Zusammenarbeit oder EU-weiter Regulierungen hinsichtlich der Herausforderungen, die auch Seehäfen in anderen Mitgliedsstaaten betreffen.
2. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, in diesem Zusammenhang eine stärker koordinierende Rolle des Bundes in der Hafenspolitik zu prüfen.
 3. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich gemeinsam mit den anderen Küstenländern für eine Änderung des Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes nach Artikel 104a Absatz 4 des Grundgesetzes an die Länder Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen sowie Schleswig-Holstein für Seehäfen einzusetzen mit dem Ziel, die finanzielle Beteiligung des Bundes an den Hafenlasten deutlich zu erhöhen.

Nr. 20/893

Neues Heimrecht schwächt Aufsichtspflicht des Landes Bremens – Novelle des Bremischen Wohn- und Betreuungsgesetzes ist im Interesse und zum Schutz der Bewohnerinnen und Bewohner dringend nachzubessern

Antrag der Fraktion der CDU
vom 6. Dezember 2022
(Drucksache [20/1701](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/894

Neufassung des Bremischen Wohn- und Betreuungsgesetzes (BremWoBeG)

Mitteilung des Senats vom 29. November 2022
(Drucksache [20/1686](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 20/895

Zunahme krankheitsbedingter Frühpensionierungen von Lehrkräften auch im Land Bremen?

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 20. Juli 2022
(Drucksache [20/1541](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 27. September 2022

(Drucksache [20/1610](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 20/896

Auf das Lächeln kommt es an: Unentgeltliche Bereitstellung von transparenten FFP2-Masken für Schülerinnen und Schüler sowie für Lehrkräfte im Land Bremen durch den Senat

Antrag der Abgeordneten Peter Beck und Jan Timke (BIW)
vom 25. August 2022
(Drucksache [20/1553](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/897

Richterassistenzen ermöglichen zur Entlastung der Bremer Justiz

Antrag der Fraktion der CDU
vom 6. September 2022
(Drucksache [20/1565](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/898

Das Klima schützen: Torfabbau und -nutzung wirksam sukzessive reduzieren

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
vom 15. September 2022
(Drucksache [20/1589](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. zusammen mit allen Akteuren, die im Land Bremen für die Pflege öffentlicher Grundstücke zuständig sind, auch für Fremdvergaben einen Torfverzicht durchzusetzen;

2. bei der zurzeit in Entwicklung befindlichen Biodiversitätsstrategie für das Land Bremen die Vermeidung von Torf zu berücksichtigen;
3. in Kooperation mit Umwelt- sowie Einzelhandels- und Großhandelsverbänden ein Konzept zu entwickeln, wie Verbraucher:innen für den Kauf von torffreien Produkten sensibilisiert werden;
4. mit den Einzelhandels- und Großhandelsverbänden im Land Bremen in Gespräche zu treten sowie die Verantwortlichen zu sensibilisieren, um den Verkauf von torfhaltigen Garten- beziehungsweise Gärtnereiprodukten zu reduzieren oder gegebenenfalls einzustellen;
5. in Kooperation mit der „Partnerschaft Umwelt Unternehmen“ Konzepte zu erarbeiten, wie zukünftig bei ihren Mitgliedern der Einsatz von Torf verringert werden kann;
6. Forschungen und Schwerpunktsetzungen in den Bereichen Torfersatzprodukte, Moorbodenschutz (unter anderem Wiedervernässung) und/oder Pflanzeneignung an Universität und Hochschulen im Land Bremen zu unterstützen und dabei in Kooperation zu treten mit dem Geologischen Dienst für Bremen;
7. sich auf Bundes- und EU-Ebene für eine Kennzeichnungspflicht von torfhaltigen Produkten und einen rechtlich verbindlichen Ausstiegsplan für Torfabbau und -verwendung und dessen Verkauf einzusetzen, der auch das Problem des Im- und Exports von Torf mitberücksichtigt;
8. der staatlichen Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie sechs Monate nach Beschlussfassung Bericht zu erstatten.

Nr. 20/899

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Digitale Bildung als Querschnittsaufgabe modernen Lernens
Antrag der Fraktion der FDP
vom 27. September 2022
(Drucksache [20/1612](#))
2. Gesetz zur Änderung des Bremischen Hochschulgesetzes – Mehr Hochschulfreiheit durch Streichung der sogenannten Zivilklausel
Antrag der Fraktion der FDP
vom 30. September 2022
(Drucksache [20/1615](#))
3. Kurze Wege zur Arbeit bewahren – Die gemischte Stadt stärken, neue Orte der Produktiven Stadt identifizieren
Antrag der Fraktion der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 4. Oktober 2022
(Drucksache [20/1616](#))
4. Wann schlägt sich der Standortvorteil der digitalen Ausstattung der Schulen im Land auch in den Bildungsergebnissen nieder?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 12. September 2022
(Drucksache [20/1580](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 29. November 2022
(Drucksache [20/1688](#))

5. Auseinandersetzung mit der Geschichte der Frauenbewegung in den Schulen im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 4. Oktober 2022
(Drucksache [20/1620](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 22. November 2022
(Drucksache [20/1679](#))
6. Anonymes Hinweisgeberportal in der Steuerverwaltung einführen!
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 10. November 2022
(Drucksache [20/1662](#))
7. Das Angebot von Kurzzeitpflege im Land Bremen aktiv fördern!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 26. April 2022
(Drucksache [20/1430](#))
8. Das Angebot von Kurzzeitpflege im Land Bremen aktiv fördern!
Bericht der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration
vom 9. November 2022
(Drucksache [20/1660](#))
9. Klimaschutzstrategie 2038 der Freien Hansestadt Bremen
Mitteilung des Senats vom 15. November 2022
(Drucksache [20/1670](#))
10. Risiken von Titandioxid in Arzneimitteln aus gesundheitlichen Gründen und Gründen des Verbraucherschutzes reduzieren
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 17. November 2022
(Drucksache [20/1675](#))
11. Mehr Klarheit: Noten ab Klasse 3
Antrag der Fraktion der FDP
vom 29. November 2022
(Drucksache [20/1683](#))
12. Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen – Antirassismus in Verfassung verankern
Antrag der Fraktion der CDU
vom 3. März 2020
(Drucksache [20/304](#))
13. Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 5. Mai 2020
(Drucksache [20/375](#))
14. Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen – Abwehr von Antisemitismus, Rassismus und nationalsozialistischem Gedankengut
Bericht und Antrag des 1. Ausschusses gemäß Artikel 125 der Landesverfassung
vom 6. Dezember 2022
(Drucksache [20/1710](#))